

**Erweiterung der Psychosozialen
Notfallversorgung bei Großschadensereignissen**

(Eckdatenbeschluss Haushalt 2019 Nr. 5)

Produkt 33414200 Gesundheitsvorsorge

Änderung des MIP 2018 - 2023

Beschluss über die Finanzierung ab 2019

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 12294

2 Anlagen

**Beschluss des Gesundheitsausschusses in der gemeinsamen Sitzung des
Gesundheitsausschusses mit dem Umweltausschuss
vom 18.10.2018 (VB)**
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

A. Fachlicher Teil

1. Anlass

Der Anschlag am Olympia-Einkaufszentrum am 22. Juli 2016 hat gezeigt, dass die für solche Großschadenslagen vorgehaltenen Maßnahmen der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) im bisher vorgehaltenen Umfang nicht ausreichend sind. Verbesserungsbedarf zeigte sich im Zurverfügungstellen eines schnell einsetzbaren, telefonischen Beratungsangebots für Betroffene und in der direkten Kommunikation zwischen den Akteuren in der Akutphase und der Stadtverwaltung.

Großschadensereignisse treten plötzlich und unerwartet ein. Auch München kann von einem solchen Geschehen betroffen sein, dessen Auswirkungen die des Anschlags am Olympia-Einkaufszentrum noch übersteigen können. Um für solche Ereignisse bestmöglich vorbereitet zu sein, sind Strukturen erforderlich, die im Großschadensfall schnell und zuverlässig im Stadtgebiet einsatzbereit sind.

2. Ausgangslage

Die seelische Belastung von Menschen, die ein traumatisches Ereignis wie den

Anschlag am Olympia-Einkaufszentrum direkt erfahren haben, ist sehr hoch. Die Folge können akute Belastungsreaktionen sein wie starke Unruhe und Desorientiertheit, die wiederum Spätfolgen wie eine posttraumatische Belastungsstörung auslösen können, deren Auswirkungen zu deutlichen Beeinträchtigungen im Alltag führen. Das gilt nicht nur für unmittelbar Betroffene, sondern kann auch deren Angehörige und Bezugspersonen belasten. Großschadensereignisse lösen darüber hinaus in der Bevölkerung allgemein Unsicherheit und subjektive Betroffenheit aus.

Um möglichen psychischen Folgen wirksam begegnen zu können, ist es nötig, möglichst frühzeitig Entlastung und geeignete Hilfsmaßnahmen anzubieten und diese auch über einen längeren Zeitraum aufrecht zu erhalten. Das ist Aufgabe der Psychosozialen Notfallversorgung. Sie umfasst psychologische, soziale, administrative und seelsorgerische Hilfen für von Notfällen Betroffene.

Je nach zeitlichem Abstand zum Ereignis sind unterschiedliche Maßnahmen der PSNV vorzuhalten. Während der ersten Stunden und manchmal Tage sind erste Unterstützung und Entlastung durch Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten sowie psychosoziale und psychotherapeutisch fundierte Akuthilfe durch Kriseninterventionsteams und Notfallseelsorge unerlässlich. In den darauf folgenden Tagen, Wochen und Monaten können Hilfen für Betroffene durch die Regelversorgung übernommen werden, wie etwa durch Sozialpsychiatrische Dienste und andere Beratungsstellen, psychiatrische Kliniken und niedergelassene Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten.

Der möglichst nahtlose Übergang zwischen den einzelnen Hilfen ist hierbei von großer Bedeutung für die Verhinderung von Spätfolgen. Frühe und passende psychosoziale Unterstützung bzw. psychotherapeutische oder psychiatrische Behandlung ist geeignet, längerfristige Belastungen und psychische Störungen zu vermeiden oder zu reduzieren und so menschliches Leid und hohe Folgekosten zu mindern.

Das Konzept für PSNV bei Großschadensereignissen in München wurde durch das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 entwickelt und eingeführt. Aufgrund der Weiterentwicklung der Einsatzplanungen für den Großschadensfall bei Behörden und Organisationen mit Katastrophenschutzaufgaben wurden Anpassungen des PSNV-Konzepts vorgenommen. So wurde 2011 für die Organisation und Vermittlung der mittel- und langfristigen Versorgung eine „Koordinierungsstelle Psychosoziale Notfallversorgung bei Katastrophen und Großschadensereignissen in München“ durch das Referat für Gesundheit und Umwelt erarbeitet (Anlage 1). Seit 2014 sind die Maßnahmen der Akutversorgung nun unter Federführung der Branddirektion in einem eigenen

Einsatzkonzept¹ beschrieben. Das Gesamtkonzept wird laufend an veränderte Rahmenbedingungen und Erkenntnisse angepasst, um auch zukünftig auf denkbare Großschadensereignisse bestmöglich vorbereitet zu sein.

3. Erkenntnisse aus den Einsatzerfahrungen nach dem Anschlag

Bei dem Anschlag am Olympia-Einkaufszentrum am 22. Juli 2016 wurden neun Menschen getötet und fünf teils schwer verletzt. Da über mehrere Stunden unklar blieb, ob es sich um einen Terrorangriff handelte und sich Gerüchte über weitere Anschläge verbreiteten, kam es im gesamten Stadtgebiet zu Panikreaktionen, bei denen sich mindestens 32 weitere Menschen verletzten. Dazu kamen zahlreiche Menschen, die sich aufgrund fehlender oder falscher Informationen über die tatsächliche Lage teils über Stunden subjektiv in Lebensgefahr wähnten. Dadurch wurden psychische Belastungsreaktionen ausgelöst, die den psychischen Reaktionen auf eine tatsächliche Bedrohung gleichkommen.

Die Ereignisse lösten einen Großeinsatz von Polizei und Rettungskräften aus. Im Zuge dessen wurden erstmals die beiden unter 2. dargestellten Konzepte zur PSNV bei Großschadensereignissen umgesetzt. Danach folgten weiterführende Maßnahmen der PSNV.

3.1. Hotline der Telefonseelsorge

Um eine schnelle telefonische Beratung der Betroffenen zu ermöglichen, wurde auf Initiative der Einsatzleitung PSNV spontan eine Hotline durch die Telefonseelsorge aufgebaut. Diese nahm am 24. Juli 2016 ihren Betrieb auf und hielt das Angebot sieben Tage aufrecht. In diesem Zeitraum wurden mehr als 500 Gespräche mit Betroffenen geführt. Insbesondere in den ersten Tagen erreichte das Angebot seine Kapazitätsgrenze. Oft war es aufgrund der Vielzahl der Anrufe nur möglich, Namen und Telefonnummern der Hilfesuchenden zu notieren, um später zurückzurufen. Während des laufenden Betriebs wurden Kurzschulungen für die Mitarbeitenden der Telefonseelsorge durchgeführt, um weitere Kräfte für die Hotline zu gewinnen.

Trotz der schwierigen Einsatzbedingungen konnte in den meisten Fällen erfolgreich Hilfe geleistet werden. Von vielen Anruferinnen und Anrufern wurde zurückgemeldet, dass die Empfehlungen durch die Hotline hilfreich waren und die Symptome nachgelassen hätten. Betroffene, die weiterhin stark belastet waren, wurden in weiterführende Angebote vermittelt.

Dass die Hotline der Telefonseelsorge spontan in Betrieb genommen werden konnte, hing nicht zuletzt damit zusammen, dass die Telefonseelsorge nur wenige Monate

¹ „Einsatzkonzept PSNV-B – Konzept der Landeshauptstadt München und des Landkreises München zur Psychosozialen Notfallversorgung für Betroffene bei koordinierungsbedürftigen Ereignissen, Großschadensereignissen und Katastrophen in der Akutphase“ Landeshauptstadt München, 2014

zuvor nach dem Zugunglück in Bad Aibling am 9. Februar 2016 erstmals Erfahrungen als telefonisches Krisenangebot bei einem größeren Schadensereignis sammeln konnte. Ohne diese Einsatzerfahrung wäre der Betrieb der Hotline ungleich schwieriger gewesen. Ferner kam dem Angebot zugute, dass im Zuge des Ereignisses in Bad Aibling Mitarbeitende in Psychotraumatologie und dem Betrieb einer telefonischen Krisenberatung geschult worden waren, so dass nach dem Anschlag am Olympia-Einkaufszentrum sofort geeignetes Personal für die Hotline zur Verfügung stand. Daran ist zu erkennen, wie wichtig eine gute Vorbereitung der Mitarbeitenden und der Infrastruktur für ein solches Angebot ist.

Wie in der Nachbereitung des PSNV-Einsatzes nach dem Anschlag deutlich wurde, besteht nach Großschadenslagen ein hoher Bedarf an einem schnell einsatzfähigen, telefonischen Beratungsangebot für Betroffene. Auch wenn nach dem Anschlag mit viel Engagement eine Hotline eingerichtet werden konnte, darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein solches Angebot bei zukünftigen Großschadenslagen nicht verlässlich zur Verfügung steht. Für eine solche Aufgabe sind sowohl entsprechend qualifiziertes und erfahrenes Personal als auch eine geeignete technische Infrastruktur nötig.

3.2. Weitere Maßnahmen der PSNV

In den Tagen und Wochen nach dem Ereignis kamen weitere Angebote der PSNV zum Einsatz, die teils bereits im PSNV-Konzept beschrieben waren und teils neu konzipiert und aufgebaut wurden.

Zur Organisation der akuten psychosozialen Notfallversorgung direkt am Ort des Geschehens wurde durch das Kriseninterventionsteam (KIT) des Arbeiter-Samariter-Bundes München ein Stab PSNV-B als Einsatzleitung gebildet. Als PSNV-B wird die Betreuung von Betroffenen bezeichnet, in Abgrenzung zur PSNV-E, womit die Betreuung von Einsatzkräften gemeint ist. Der Stab PSNV-B koordinierte unmittelbar nach dem Anschlag den Einsatz der verschiedenen KIT und PSNV-Teams aus München und den umliegenden Landkreisen, der Notfallseelsorge, den Teams für Stressbearbeitung der Berufsfeuerwehr und weiteren Hilfskräften in den zwei Betreuungsstellen nördlich und südlich des Olympia-Einkaufszentrums, in der Zeugensammelstelle der Polizei in der Hanauer Straße und der Akutbetreuungsstelle in der Werner-von-Linde-Halle. In den Tagen nach dem Ereignis arbeitete der Stab PSNV-B im Schichtsystem rund um die Uhr und koordinierte bis zu 55 Helferinnen und Helfer bei 250 Einsätzen. Er diente auch als Ansprechpartner für die Gesamteinsatzleitung von Katastrophenschutz und Polizei.

Der Stab PSNV-B versuchte unmittelbar nach Beginn des PSNV-Einsatzes Kontakt mit verschiedenen Dienststellen der Stadtverwaltung aufzunehmen, um eine schnelle

Bereitstellung von konkreten Hilfen sicherzustellen. Das gelang in vielen Fällen nur mit deutlicher Verzögerung, da sich der Anschlag an einem Freitagnachmittag ereignete und die meisten angefragten Dienststellen während des darauf folgenden Wochenendes nicht besetzt waren und Zuständigkeiten für den Einsatzfall nicht ausreichend geregelt waren.

Nachdem seitens der Stadtverwaltung eine Ansprechperson aus dem Büro des Oberbürgermeisters benannt worden war, die Kontakt zu den Angehörigen der Todesopfer und den unmittelbar Verletzten aufnahm, zeigte sich ein breit gefächelter Hilfebedarf, der neben psychosozialer Unterstützung und der Vermittlung von therapeutischen Angeboten auch Fragen nach materieller Hilfe umfasste, wie etwa für Beerdigungs- und Überführungskosten oder bei Sachschäden. Zur Koordinierung der Hilfeebringung wurde ein Sonderstab „Hilfe-OEZ“ unter der Federführung des Büros des Oberbürgermeisters gebildet, der sich aus Vertretungen des Sozialreferats, des Referats für Gesundheit und Umwelt, des Referats für Bildung und Sport und der Stadtkämmerei zusammensetzte. Der Sonderstab fungierte als Schnittstelle zwischen eingehenden Anfragen von Betroffenen und den Hilfsangeboten der Stadtverwaltung, von staatlichen Stellen, Leistungserbringern und Kostenträgern.

4. Notwendige Ergänzungen des PSNV-Konzepts

Die Einsatzerfahrungen nach dem Anschlag wurden in verschiedenen Gremien sowohl stadtintern wie auch mit externen Institutionen diskutiert und ausgewertet. Dabei kristallisierten sich zwei wesentliche Maßnahmen heraus, die dem bestehenden Konzept hinzugefügt werden müssen, um die PSNV bei Großschadensereignissen in München noch unverzüglicher und effizienter einsetzen zu können. Der schnellen Vermittlung und dem Ineinandergreifen der Hilfsangebote kommen dabei besondere Bedeutung zu.

4.1. Einrichtung und Bereithaltung eines PSNV-Krisentelefons

Die Erfahrung aus dem Einsatz nach dem Anschlag, aber auch aus vergleichbaren Großschadenslagen zeigen, dass unmittelbar nach dem Ereignis mit einer hohen Nachfrage nach Beratung zu rechnen ist von Menschen, die unter akuten Belastungsreaktionen leiden. Ebenso suchen Menschen Rat und Unterstützung, die sich um Angehörige sorgen. Daher ist das bisherige Konzept um ein PSNV-Krisentelefon zu erweitern. Das PSNV-Krisentelefon muss im Einsatzfall innerhalb weniger Stunden zur Verfügung stehen und unter den Bedingungen eines Großschadensereignisses betrieben werden können. Das Personal des PSNV-Krisentelefons muss in Psychotraumatologie und Krisenberatung am Telefon geschult sein und sollte über Praxiserfahrung verfügen. Die Schulungen sind regelmäßig zu wiederholen, um das Angebot dauerhaft einsatzfähig zu halten. Darüber hinaus ist eine räumliche und technische Infrastruktur vorzuhalten, mit der ein sehr hohes

Aufkommen an Anfragen bewältigt werden kann.

Das PSNV-Krisentelefon kann nicht durch die Landeshauptstadt München selbst umgesetzt werden, da die technische Ausstattung nicht vorhanden ist und geeignetes Personal nicht rund um die Uhr zur Verfügung steht. Daher wird vorgeschlagen, diese Aufgabe an eine Anbieterin oder einen Anbieter zu vergeben, der/die Expertise in der telefonischen Krisenintervention besitzt, über qualifiziertes und erfahrenes Personal verfügt und die nötige Infrastruktur bereit stellen kann. Erste Sondierungsgespräche haben eine ungefähre Kostenschätzung ergeben. Danach belaufen sich die Kosten für die Einrichtung einer geeigneten Telefonanlage auf einmalig 7.500 €. Für die dauerhafte Bereithaltung der Technik und die regelmäßige Schulung des Personals werden die Kosten auf jährlich 21.500 € veranschlagt. Die Bereithaltung des PSNV-Krisentelefons ist dauerhaft angelegt, um auf mögliche Großschadensereignisse in Zukunft noch besser vorbereitet zu sein. Die Vergabe soll zunächst für drei Jahre erfolgen und danach erneut ausgeschrieben werden.

4.2. Sonderstab und Verbindungsperson der Stadtverwaltung im Stab PSNV-B

Die Arbeit des Sonderstabs „Hilfe-OEZ“ hat gezeigt, welche große Bedeutung die direkte Zusammenarbeit zwischen den Fachreferaten bei der Bewältigung der Folgen eines Großschadensereignisses hat. Durch die Kooperation aller relevanten Dienststellen konnten auch ungewöhnliche und komplexe Anliegen von Betroffenen schnell und unbürokratisch bearbeitet werden. Um die Arbeit zukünftig schnell aufnehmen zu können, sollte der Sonderstab als beständige Aufgabe der Landeshauptstadt München eingerichtet und die Verantwortlichkeit für die Einberufung und Führung des Sonderstabes dauerhaft geregelt werden.

Darüber hinaus wurde nach dem Vorfall im Olympia-Einkaufszentrum deutlich, dass in der Vernetzung zwischen den Versorgungsebenen, insbesondere zwischen den Maßnahmen der Akutversorgung und den weiterführenden Hilfeangeboten Verbesserungsbedarf besteht. Insbesondere die Weitergabe von Informationen an die Stadtverwaltung über die akuten Bedarfe, wie sie sich dem Stab PSNV-B darstellen, muss direkter und zügiger erfolgen, ebenso muss der Stab PSNV-B laufend Informationen über die Strukturen und Angebote erhalten, die vom jeweiligen Sonderstab der Stadtverwaltung aufgebaut werden. Die beiden Stäbe müssen in die Lage versetzt werden, die jeweiligen Ressourcen und Kompetenzen optimal aufeinander abzustimmen.

Um diese Kooperation frühestmöglich herzustellen, wird vorgeschlagen, dass eine Vertretung der Landeshauptstadt München als Verbindungsperson spätestens am Tag nach dem Ereignis in den Stab PSNV-B entsandt wird und dort durchgehend tätig ist. Es sind zudem zwei Vertretungen zu benennen, um eine nahtlose Anwesenheit im

Schichtsystem zu ermöglichen. Diese Personen sollten durch das Büro des Oberbürgermeisters benannt und beauftragt werden, um im Falle eines Großschadensereignisses ohne weitere Verzögerung die Stadtverwaltung im Stab PSNV-B zu vertreten.

Eine Personalzuschaltung ist für diese Vertretung im Stab PSNV-B nicht erforderlich. Es handelt sich um eine zusätzliche Aufgabe, die außerhalb von Einsatzlagen mit nur geringem Aufwand neben dem allgemeinen Dienstbetrieb erfüllt werden kann. Im Einsatzfall müssen die Verantwortlichen allerdings von ihren Tätigkeiten freigestellt werden, solange der Stab PSNV-B tätig ist.

5. Zusammenfassung

Zur Betreuung von Betroffenen bei Großschadensereignissen wird ein PSNV-Krisentelefon benötigt. Des Weiteren soll eine Verbindungsperson die Kommunikation zwischen den Beteiligten der Akutphase und der Stadtverwaltung verbessern.

Für die Einrichtung einer geeigneten Telefonanlage belaufen sich die Kosten auf einmalig 7.500 €, die dauerhafte Bereithaltung der Technik sowie die regelmäßige Schulung des Personals werden mit jährlich 21.500 € veranschlagt. Die Finanzmittel sollen im Finanzbudget von RGU-GVO31 bei Sachkonto 651000 und 633200 IA 536001302 eingestellt werden.

B. Darstellung der Kosten und der Finanzierung

1. Zweck des Vorhabens

Strukturelle Weiterentwicklung der Psychosozialen Notfallversorgung durch technische und fachliche Erweiterung des PSNV-Krisentelefons. Durch Vergabe an eine externe Anbieterin oder einen externen Anbieter wird eine fachlich geschulte und zügig umsetzbare Beratung jener Menschen sichergestellt, die von einem Großschadensereignis betroffen sind.

2. Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

Für die Umsetzung des Beschlusses entstehen die im Folgenden dargestellten zahlungswirksamen Kosten. Der Mittelbedarf entsteht ab 01.01.2019.

	dauerhaft	einmalig	befristet
Summe zahlungswirksame Kosten	21.500,-- ab 2019		
davon:			
Personalauszahlungen (Zeile 9)*			
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)** IA 536001302 Psychosoziale Notfallversorgung Sachkonto 651000 und 633200	21.500,-- ab 2019		
Transferauszahlungen (Zeile 12)			
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13) KST 13xxxxxx IA 53xxxxx Sachkonto			
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen (Zeile 14)			
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente (VZÄ)			

Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11) ergeben sich wie folgt:

Für die dauerhafte Bereithaltung der Technik sowie regelmäßige Schulungen des Personals sind dauerhaft ab 2019 Mittel in Höhe von 21.500 € vorzusehen. Die Mittel sind dem Sachkonto 651000 und 633200 zugeordnet und werden bei dem IA 536001302 veranschlagt.

3. Auszahlungen im Bereich der Investitionstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
Summe zahlungswirksame Kosten (entspr. Zeile S5 des Finanzrechnungsschemas))		7.500,-- in 2019	
davon:			
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Zeile 20)			
Auszahlungen für Baumaßnahmen (Zeile 21)			
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Vermögen (Zeile 22)*			
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen (Zeile 23)			
Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen (Zeile 24)		7.500,-- in 2019	
Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit (Zeile 25)			

* Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen (Zeile 24):

(Finanzposition: 5410.988.7530.8)

Für eine geeignete Telefonanlage sind einmalig Zuschussmittel in Höhe von 7.500 € in 2019 vorzusehen.

4. Finanzierung

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

Die zusätzlich benötigten Auszahlungsmittel werden genehmigt und in den Haushaltsplan 2019 aufgenommen.

Die beantragte Ausweitung weicht von den Festlegungen im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019 ab, weil bei der konkreten Prüfung des Sachverhalts festzustellen war, dass von den benötigten 29.000 € nicht der gesamte Betrag konsumtiv verbucht werden darf, sondern ein Anteil von 7.500 € investiv verbucht werden muss. Insgesamt entspricht die Vorlage aber den Festlegungen für das RGU im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019, siehe Nr. 5 der Liste der geplanten Beschlüsse des RGU.

5. Produktbezug

Die Veränderungen betreffen das Produkt 33414200 Gesundheitsvorsorge.

5.1. Produktbeschreibung

Eine Änderung der Produktbeschreibung ist mit dieser Maßnahme nicht verbunden.

5.2. Kennzahlen

Eine Änderung der Kennzahlen ist mit dieser Maßnahme nicht verbunden.

6. Bezug zur Perspektive München

Folgende Ziele der Perspektive München werden unterstützt:

Ziel
<p>Themenfeld gesundheitliche Versorgung</p> <p>A.1 Unsicherheiten und Früherkennung</p> <p>München lernt den Umgang mit wachsenden Unsicherheiten infolge globaler Abhängigkeiten, technologischer Entwicklungen oder sozialer Prozesse. Die Stadt München setzt sich systematisch mit der Früherkennung von Veränderungen und mögliche positiven wie negativen Auswirkungen auf die Stadtentwicklung auseinander, um neue Potentiale und Herausforderungen zu erkennen.</p> <p><u>15.15:</u> Die LHM übernimmt die Rolle der Koordination und Moderation und entwickelt gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort adäquate nachhaltige Versorgungskonzepte für eine bedarfsgerechte Versorgung von behandlungs- und hilfebedürftigen Menschen.</p> <p><u>15.17:</u> Die LHM trägt mit eigenen Angeboten und Zuschüssen dazu bei, dass allen Bürgerinnen und Bürgern eine bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung zur Verfügung steht, wo möglich und notwendig wohnortnah und niederschwellig.</p>

Die Stadtkämmerei stimmt der Beschlussvorlage zu. Die Stellungnahme ist als Anlage 2 beigelegt.

Die Beschlussvorlage ist mit dem Kreisverwaltungsreferat, dem Sozialreferat und dem Büro des Oberbürgermeisters abgestimmt.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Korreferentin des Referates für Gesundheit und Umwelt, Frau Stadträtin Sabine Krieger, der zuständige Verwaltungsbeirat, Herr Stadtrat Dr. Ingo Mittermaier, sowie die Stadtkämmerei haben einen Abdruck der Vorlage erhalten.

II. Antrag der Referentin

1. Der Vortrag der Referentin wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, in Einvernehmen mit dem Direktorium – Vergabestelle ein Vergabeverfahren durchzuführen, um eine Anbieterin oder einen Anbieter zu gewinnen, der das beschriebene PSNV-Krisentelefon mit geschultem Personal nach Großschadensereignissen fachlich und technisch sicherstellen kann.
3. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, die dauerhaft ab 2019 erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 21.500 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2019 bei der Stadtkämmerei anzumelden.
4. Das Produktkostenbudget erhöht sich bei Produkt 33414200 Gesundheitsvorsorge um 21.500 €, davon sind 21.500 € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).
5. Im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2019 werden im investiven Bereich bei Finanzposition 5410.988.7530.8 (Telefonanlage PSNV) 7.500 € eingestellt.
6. Das Mehrjahresinvestitionsprogramm 2018 - 2023 wird wie folgt geändert:
Der Zuschuss für die Anschaffung einer Telefonanlage in der PSNV Maßnahmen-Nr. 5410.7530 wird ab 2019 in der Investitionsliste 1 geführt.

Neu: Investitionsliste 1
Telefonanlage PSNV
 Maßnahme-Nr. 5410.7530

	Gesamtkosten in Tsd. €	bisher finanziert	Summe 2018 - 2023	2018	2019	2020	2021	2022	2023 ff.
B	8	0	8	0	8	0	0	0	0

7. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss
nach Antrag.

Die endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit bleibt der Vollversammlung des Stadtrates vorbehalten.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister

Stephanie Jacobs
Berufsmäßige Stadträtin

- IV. Abdruck von I. mit III. (Beglaubigungen)
über das Direktorium HA II/V - Stadtratsprotokolle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-RL-RB-SB
- V. Wv Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-RL-RB-SB
zur weiteren Veranlassung (Archivierung, Hinweis-Mail).